

STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0 62 21 - 519 56 00  
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadtr Redaktion@rnz.de

Ein / Aus



hō. Andreas Stettler aus Deutschland setzt unsere Serie über die Plakatausstellung im Justizzentrum fort. Seine Arbeit heißt „Ein / Aus“ und greift die Debatte um die Energiewende auf. Stettler erklärt dazu: „Es ist ganz einfach: Kopf einschalten, AKWs ausschalten.“ Die Ausstellung läuft noch bis zum 15. September, und die RNZ-Leser können am Ende der Serie ihr Lieblingsplakat wählen.

Das V. Corps ist schon weg

Konversionsbeirat legt erste Vorschläge im Oktober vor

mün. Auch wenn noch keine größeren Flächen zurückgegeben sind: Die US-Truppen verlassen Heidelberg Stück für Stück. In einem Jahr soll das Hauptquartier komplett nach Wiesbaden verlagert werden. Derweil ringen die Gremien der Stadt mit Leitlinien, wie die zukünftigen Flächen vielleicht genutzt werden können.

Vor 17 Jahren wurde das V. Corps der US-Armee von Frankfurt nach Heidelberg verlegt. Seit Freitag ist es wieder in Hessen, nämlich in Wiesbaden. 750 Soldaten und mehr als 1100 Familienangehörige stoßen jetzt zu der schon 16 500 Menschen großen US-Gemeinde dort. Und es werden nicht die Letzten sein. Denn schon in einem Jahr wird – wie bekannt gegeben – das Hauptquartier der US-Armee in Europa (USAREUR) komplett nach Wiesbaden verlagert. In der hessischen Landeshauptstadt wird für 90 Millionen Euro eine neue Führungs- und Kommandozentrale errichtet. Bis spätestens 2015 sollen insgesamt rund 2000 Soldaten sowie deren Familien nach Wiesbaden umziehen.

Die Amerikaner lassen also – wie schon in Mannheim – keinen Zweifel daran, dass sie Heidelberg „Good bye“ sagen. Und sie lassen für die beengten Heidelberger Verhältnisse riesige Flächen zurück, über deren Zukunft sich der „Beirat zur Entwicklung der US-Flächen“ Gedanken machen soll. Nach der eigenen Ideensammlung wurden in einer Werkstatt die Bürger aufgefordert, ihre Vorstellungen für die zukünftige Nutzung einzubringen. Aus diesen beiden Aspekten sollten



Das V. Corps – hier bei der Abschiedszeremonie innerhalb der Heidelberger Campbell Barracks, kurz vor der Verlegung nach Afghanistan – gehört eigentlich nicht zur „Stammebelegschaft“ der Heidelberger US-Standorte. Denn erst vor 17 Jahren kam diese Abteilung von Frankfurt nach Heidelberg. Mittlerweile ist sie wieder in Hessen, in Wiesbaden, stationiert. Foto: Dijon Rolle

eigentlich Ende Juli „Leitlinien“ für die zukünftige Nutzung des Army-Geländes entwickelt werden.

Es kam anders: Der Entwicklungsbeirat, der quasi die Beschlüsse des Gemeinderates inhaltlich vorbereiten soll, konnte sich nicht auf Leitlinien für die Bereiche Wohnen, Wissenschaft und Wirtschaft, Kultur, Freiraum sowie Infrastruktur einigen. Das lag aber offenbar weniger an den vielen Ideen, die in abs-

trakte Zielsetzungen umformuliert werden sollten. Vielmehr scheiterte das Vorhaben an der Größe des Gremiums. Wenn an die 30 Sitzungsteilnehmer zu den unterschiedlichsten Bereichen gemeinsam Sätze formulieren sollen, dann gestaltet sich das schwierig.

Nach dem neuen Fahrplan sollen die Leitlinien nun in der Oktobersitzung des Entwicklungsbeirates verabschiedet werden. Eventuell werden Kleingruppen

des Gremiums oder eine Redaktionsgruppe Formulierungsvorschläge machen. Ziel in Heidelberg ist, dass die übergeordnete Strategie für alle Standorte bis zum Frühjahr 2012 stehen soll. Erst dann sollen detaillierte Vorschläge für die einzelnen Standorte entwickelt werden. Und frühestens ab 2014 werden dann planerisch und konkret die neue Nutzung der frei werdenden US-Flächen in der Stadt angegangen.

Finanzamt steht unter Druck

Probleme mit neuer EDV

web. Das Heidelberger Finanzamt bittet die Steuerzahler um Geduld: „Die Beschäftigten arbeiten mit Hochdruck daran, die neue Datenverarbeitung in den Griff zu bekommen und die aufgelaufenen Steuererklärungen schnell abzuarbeiten“, heißt es in einer Pressemitteilung der Behörde. Wie die weiteren 64 Finanzämter des Landes hat auch die Heidelberger Behörde ihre EDV umgestellt, um künftig mit einer bundeseinheitlichen Software arbeiten zu können.

Die Umstellung selbst und die noch andauernden Anlaufschwierigkeiten bei der Arbeit mit den neuen Programmen haben zu erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung eingehender Steuererklärungen geführt. Bis die letzten „technischen Kinderkrankheiten“ auskuriert seien und die Mitarbeiter routiniert mit den Programmen arbeiten könnten, werde aber noch einige Zeit vergehen, teilt das Finanzamt mit – und bittet die Bürger um Verständnis für seine momentane „Sondersituation“. Die Antragssteller werden außerdem gebeten, von telefonischen Anfragen zur Dauer der Bearbeitung von Steuererklärungen abzusehen.

US-Beschäftigte fühlen sich im Stich gelassen

Und zwar von Stadt und Land – Von den noch 2350 Zivilbeschäftigten haben theoretisch 500 die Chance auf einen Job in Wiesbaden

Von Götz Münstermann

Rund 6000 Zivilbeschäftigte arbeiteten früher für die US-Streitkräfte in der Metropolregion. Derzeit sind es gerade einmal noch 2350. Am Ende des angekündigten Truppenabzugs der Army, also im Jahr 2015, werden die wenigsten noch einen Job „bei den Amerikanern“ haben. Die Personalvertreter fürchten wegen des hohen Durchschnittsalters und der sehr speziellen Fachkenntnisse ihrer Kollegen das Schlimmste. Aber bisher gebe es keinerlei Hilfssignale für die Zivilbeschäftigten – weder aus der Region noch von der Landespolitik.

369 Beschäftigte der US-Garnison Mannheim haben zum 30. September ihre Kündigung erhalten. Immerhin 124 von ihnen dürfen in Heidelberg weiter arbeiten. Doch auch das ist nur ein Job auf Zeit. „2013 ist Mannheim leer“, sagt Andreas Rogel von der Hauptbetriebsvertretung, dem Personalrat der Zivilbeschäftigten bei der US-Armee. Aber weil er eine rasche Schließung der Heidelberger Standortverwaltung befürchtet, könnten auch hier viele Beschäftigte früher als gedacht ihre Jobs verlieren.

Noch arbeiten in der Heidelberger Garnison 480 Zivilbeschäftigte. Spätestens Ende des Jahres 2015 wird die US-Armee ihre Standorte in Schwetzingen, Heidelberg und Mannheim schließen und die Metropolregion verlassen. Das Hauptquartier der Landstreitkräfte wird nach Wiesbaden verlegt.



„Wild-West-Methoden“ gibt es bei der US-Armee im Umgang mit den Beschäftigten nicht, so Personalvertreter Rogel, „die Amerikaner versuchen, das nachvollziehbar zu machen“. So wurden aus der Region einzelne Einheiten nach Gernersheim oder Kaiserslautern verlegt – und die Beschäftigten durften mit. Per Fragebogen wurde abgefragt, wer welche Qualifikationen hat und an welchem Standort man sich eine Weiterbeschäftigung vorstellen könnte.

Von allen Armeebeschäftigten aus der Region können aber nach Rogels Schätzung nur rund 500 theoretisch ein Jobangebot beim zukünftigen Hauptquartier in Wiesbaden bekommen. Ob das so komme, das hänge aber auch von den Sparzwängen in Washington ab. Und die Finanznöte in den USA sind ja bekanntlich hoch.

Das Problem der Zivilbeschäftigten bei der US-Armee ist, dass die meisten weit über 50 Jahre alt sind. Laut Rogel haben sie damit keine Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Der Heidelberger Rechtsanwalt Hanns-Uwe Richter vertritt derzeit fünf US-Beschäftigte, die ebenfalls vom Arbeitsplatzverlust bedroht sind. Er berichtet, dass seine Mandanten große Angst haben. Denn ihre Fertigkeiten, ihr handwerkliches Können sei auf US-Standards ausgerichtet. Personalvertreter Rogel erklärt das am Beispiel eines Buchhalters: Der sei selbstverständlich fit im US-Rechnungswesen. Das aber unterscheide sich erheblich von der hiesigen Art der Buchhaltung. Man habe eben für den amerikanischen Öffentlichen Dienst mit seinen ganz speziellen Anforderungen

gelernt und gearbeitet. Und das in der Regel über Jahrzehnte.

Wer erst einmal arbeitslos ist, der bekommt für eine bestimmte Zeit Überbrückungshilfe, um auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Sozialpläne gibt es aber nicht. Allenfalls Transfergesellschaften, in denen die Mitarbeiter aber nicht „zwischeneparkt“, sondern für neue Arbeitsplätze qualifiziert und vermittelt werden sollen. Unter dem Strich aber befürchtet Rogel, dass seine Kollegen unter die Räder kommen. „Viele haben zu viel für das Arbeitslosengeld II“, so Rogel, und so würden die Ersparnisse für das Alter noch vor der Rente aufgebraucht.

Rogel und seine gut 2350 Kollegen bei der US-Armee in der Metropolregion fühlen sich sowohl von der Kommunalverwaltung als auch von der Landespolitik im Stich gelassen. „Die Kommunalpolitiker kümmern sich nur um die Filetstücke, nicht aber um die Menschen“, kritisiert er. Weder in Mannheim noch in Heidelberg sei man bislang zu den Konversionsarbeitskreisen eingeladen worden. Und die Stuttgarter Landesregierung trete überhaupt nicht in Erscheinung.

Viele Eingriffe nutzen nicht dem Patienten, sondern dem Chirurgen

„Vorsicht Operation“: Ärzte wie Hans Pässler von der Atos-Klinik meinen: „Es wird zu viel operiert“ – Ärzteteam bietet „Zweitmeinung“ im Internet an

Von Rolf Kienle

Es wird zu viel operiert. Da sind sich die 15 Chirurgen einig, obwohl sie damit eigentlich eine spezielle Form der Ketzerei betreiben. Sie leben von der Chirurgie und warnen dennoch vor einem Übermaß an operativen Eingriffen. Ihr Argument: Viele Operationen „nützen nicht dem Patienten, sondern nur dem Chirurgen“, erklärt der Initiator eines Internet-Portals, das jetzt seinen Dienst aufnahm, Prof. Dr. Hans Pässler. „Vorsicht Operation“ nennt sich die Initiative – und der Name ist Programm. Die Spezialisten beispielsweise für Knie-, Hand- und Rücken Chirurgie behaupten, mit einer sorgfältigen Diagnose könne man leicht belegen, ob eine Operation nötig oder unnötig ist. Nur wollen das viele Chirurgen angeblich so gar nicht wissen. Vor allem junge Kollegen müssten ihre gebuchten OP-Zeiten auslasten, ist ein Vorwurf von Pässler, der schon vor Jahren vor einer Ausuferung arthroskopischer Operationen warnte und sich damit nicht nur Freunde machte.

Wie eklatant hoch die Operationszahlen sind, macht ein Blick auf das europäische Ausland deutlich: In Schweden, wo die Ärzte ein festes Gehalt beziehen, wird nur halb so viel operiert wie in Deutschland. Nirgendwo sonst in Europa greifen die Chirurgen so schnell zum Skalpell.

Angesichts der Kostenexplosion im deutschen Gesundheitswesen könnte eine kritische Einstellung gegen das Übermaß an Operationen zweistellige Millionenausgaben der Kassen senken. Die Ausgaben für „Operationen und Prozeduren“, wie sie das Statistische Bundesamt zusammenfasst, lagen im vorletzten Jahr bei 45 Milliarden Euro – bei rasanten Steigerungen in den Vorjahren. Und Operationen sind nicht preiswert: Eine Knie-Operation liegt laut Pässler bei 1700 Euro, eine Wirbelsäulen-Operation bereits bei bis zu 20 000 Euro. Das künstliche Hüftgelenk kostet um die 10 000 Euro. Glaubt man Hans Pässler, könnte fast jede zweite Operation vermieden werden, weil sie auch konservativ behandelbar ist. Im Wirbelsäulen-



Professor Hans Pässler, Ärztlicher Direktor der Atos-Klinik, ist selbst Chirurg (unser Bild zeigt ihn gestern bei einer Knie-OP), findet aber, dass seine Zunft entschieden zu viel operiert. Deswegen bietet er auf einer Internetplattform relativ preiswert eine Zweitmeinung an. Foto: Hoppe

reich seien möglicherweise 80 Prozent der Operationen vermeidbar.

Der Internetauftritt der Chirurgen, durchweg zuständig für den Bewegungsapparat des Menschen, wendet sich in erster Linie an Patienten, die ein Gut-

achten in eigener Sache bestellen können. Wer Zweifel an der Notwendigkeit einer Operation hat, fragt nach der Zweitmeinung der unabhängigen Mediziner. Das kostet zwischen 200 und 600 Euro, wobei Pässler davon ausgeht, dass für die allermeisten Gutachten 200 Euro ausreichen werden.

Man stellt sich die Frage, ob das nicht ein Thema für die Krankenkassen sein könnte? Sowohl die Deutsche Betriebskrankenkasse (VW, Telekom, Post), als auch die private Debeka „kamen auf mich zu und haben angekündigt, dass sie über eine Erstattung der Kosten für das Gutachten nachdenken.“ Die Debeka will eine Testphase. Das könnte sich rechnen für die Kassen. Die Barmer-GEK hatte im letzten Jahr noch in einer Studie beklagt, dass die Anzahl der Hüftoperationen seit dem Jahr 2003

um genau 18 Prozent angestiegen war und dass 52 Prozent mehr Bürger ein künstliches Knie bekamen.

Der 71-jährige Hans Pässler hat früh begonnen. Vater und Großvater waren schon Mediziner; also wurde er Facharzt für Chirurgie und Unfallchirurgie. Pässler war Chefarzt einer chirurgischen Abteilung eines Kreiskrankenhauses und Chefarzt der Sportklinik Stuttgart, schließlich Ärztlicher Direktor der Heidelberger Atos-Klinik. Je länger er in der Branche war, umso mehr traf er Menschen, die Opfer unnötiger, sprich sinnloser Operationen wurden, wie er sagte. Auf dieses Problem sprach er in den letzten Jahren in regelmäßigen Abständen seine Kollegen an und bekam bestätigt, was er befürchtete: Alle schüttelten den Kopf über überflüssige Eingriffe.

Die Idee zu „Vorsicht Operation“ reifte. Pässler suchte sich kompetente Kollegen für spezielle Anforderungen. Er fand die Experten für die Bereiche Rücken, Hand, Sprunggelenk und Fuß, Knie- und Hüfte, Schulter und Kinderorthopädie und bietet auf www.vorsicht-operation.de die Zweitmeinung für vergleichsweise kleines Geld an. Der Patient schickt seine Unterlagen, Kernspin- und Röntgenaufnahmen und Fragebögen per Mail an die Gutachter und kann damit rechnen, dass sich der jeweilige Spezialist umgehend mit seiner Frage beschäftigt.